

**Einwohnerfragestunde in der
36. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 01. März 2023**

Themenübersicht

Gemäß Anlage 1 - Richtlinie zur Regelung der Einwohnerfragestunde in der Stadtverordnetenversammlung - der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam vom 04. März 2021, prüft der Hauptausschuss in seiner Sitzung am **22. Februar 2023** die eingereichten Fragen.

Die für die Einwohnerfragestunde eingereichten Fragen betreffen folgende Themen:

- Querung der Schrankenanlage am Bahnhof Medienstadt Babelsberg Staudenhof
- Schlaatz
- Ufergrundstücke am Groß Glienicker See

Stellungnahmen der Ausschüsse und Ortsbeiräte zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 01.03.2023

Wiedervorlagen aus den Ausschüssen - Vorlagen der Verwaltung

TOP:

5.1	22/SVV/0704	Finanzielle Beteiligung am Pflegeaufwand der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten	<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität gemäß Selbstbefassung</u> abgelehnt 2:3:2
		+ NF Fraktion CDU vom 05.09.22	<u>Ausschuss für Finanzen</u> abgelehnt 3:5:1
		+ EA Fraktion CDU vom 09.12.22	
		+ ÄA Fraktion CDU vom 24.01.23	<u>Hauptausschuss</u>
		+ ÄA Fraktion SPD vom 23.01.23	NF vom 20.02.2023 Zustimmung 8:0:6 mit folgender Änderung des Beschlusstextes:

e) Ein Vorschlag über die Einführung eines ~~Kunden~~**Beirates** für die Parks der SPSG auf dem Gebiet der LHP um Nutzungskonflikte an unterschiedlichen Standorten unter Einbeziehung der Nutzenden zu klären.

~~4.~~(6) Die SPSG wird gebeten, bis spätestens Ende des zweiten Quartals 2024 ein ausgearbeitetes Konzept den Stadtverordneten vorzulegen, welches Alternativen zur finanziellen Beteiligung der LHP am Pflegeaufwand der SPSG aufzeigen soll. Dieses Konzept soll ~~zur Entscheidungsfindung über die Verlängerung der finanziellen Beteiligung am Pflegeaufwand über das Jahr 2024 hinaus geeignet sein und~~ insbesondere über mögliche Kosten und geplante Zugangsbeschränkungen für die Potsdamerinnen und Potsdamer aufklären.

~~5.~~(4) Der finanzielle Beitrag der Landeshauptstadt darf maximal 1 Mio. Euro für das Jahr 2024 betragen. Der Vertragsabschluss steht unter Vorbehalt des Beschlusses durch die Stadtverordnetenversammlung.

~~6.~~(5) Der Vertrag wird zunächst für das Jahr 2024 verlängert und ~~im~~ **bis** Herbst 2024 evaluiert.

Darüber hinaus beschließt die Stadtverordnetenversammlung:

1. Für den Zeitraum einer finanziellen Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam am Unterhalt und an der Pflege der Anlagen der SPSG wird der kostenlose Eintritt in den Volkspark Potsdam auf Studierende, Azubis und alle SGB-Leistungsbeziehende inkl. Wohngeld ausgeweitet.
2. Zur (anteiligen) Deckung der Mehrausgaben wird eine Prüfung der Ausweitung der Übernachtungssteuer auf Dienstreisen eingeleitet.

5.2	23/SVV/0008	Parkeintritt und Hauptstadtvertrag	<u>Hauptausschuss</u> abgelehnt
------------	--------------------	------------------------------------	------------------------------------

- | | | | |
|-----|-------------|---|--|
| 5.3 | 22/SVV/1264 | Kostenfreien Eintritt in den Park Sanssouci und den BUGA-Volkspark sichern! | <u>Hauptausschuss</u>
abgelehnt 4:6:0 |
| 5.4 | 22/SVV/0958 | Rahmenplanung Stadtraum "Am Kanal"

+ EA Fraktion (Bündnis 90 / Die Grünen)
vom 13.12.22 | <u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u>
Zustimmung 5:1:1 mit folgender Ergänzung des Beschlusstextes (entspricht dem EA Fraktion Bündnis 90/Die Grünen): |

- .
- .
3. **In der Rahmenplanung ist an der Wiederherstellung des Stadtkanals als durchgehendem Fließgewässer festzuhalten, genauso wie an der weitestmöglich am Original orientierten Wiederherstellung des Stadtkanals im Abschnitt zwischen Kellertor und Berliner Straße.**
 4. **An den im SVV-Begleitbeschluss vom 1. Dezember 2021 zur Aufhebung der Sanierungsatzung "Am Kanal / Stadtmauer" (Vorlage: 21/SVV/0913) formulierten Aufträgen wird festgehalten. Dementsprechend sind im Abschnitt zwischen Kellertor und Berliner Straße mit geringem Aufwand umsetzbare Umsetzungsschritte so weit wie möglich vorzuziehen.**

sowie Ergänzung

„Für den Bereich des Stadtkanals, der in der Machbarkeitsstudie aus dem Jahr 2001 als 3. Bauabschnitt gekennzeichnet wurde, soll als Vorzugsvariante die historische Wiederherstellung des Stadtkanals angestrebt werden.

Die planungsrechtlichen Voraussetzungen (mit Entwurfs- und Genehmigungsplanung) zu einer denkmalgerechten Sanierung des 3. Bauabschnittes des Potsdamer Stadtkanals sind zu schaffen sowie dessen Umsetzung ganz oder teilweise durch ein ÖPP Modell oder einem bürgerlichen Engagement zu prüfen.“

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes
Zustimmung 4:2:2 mit folgender Ergänzung des Beschlusstextes (ursprüngliche Fassung):

- .
- .
3. **Die Prüfung der Umgestaltung des öffentlichen Raumes entlang der Straße Am Kanal erfolgt ergebnisoffen und in Varianten. Bei allen Varianten ist zu berücksichtigen, dass die Wiederherstellung des historischen Stadtkanals erreichbar bleibt und das Bodendenkmal nicht beschädigt oder zerstört wird. Alle Varianten sind mit Kostenschätzungen zu untersetzen. Die historische Wiederherstellung des Stadtkanals ist dabei für den 3. BA in der Rahmenplanung als Vorzugsvariante zu untersuchen. Die Erarbeitung der Genehmigungsplanung und Umsetzung dieser Planungsvariante erfolgt jedoch erst, sobald die Investition vollständig finanziell abgesichert ist. Auf Grundlage von verkehrstechnischen Untersuchungen sollen im Bereich des Kellertors auch Aussagen zur Ausgestaltung und Dimensionierung der Brücke gemacht werden.**

			<u>Ausschuss für Finanzen</u> Zustimmung 6:1:2 einschließlich der Ergänzung aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes
5.5	22/SVV/1142	Projektstruktur zur Durchführung der Machbarkeitsstudie für das Forum an der Plantage + EA Fraktion CDU vom 12.01.22	<u>Hauptausschuss</u> Zustimmung 9:8:0 der ursprünglichen Fassung
5.6	22/SVV/1233	Wirtschaftsatlas Berlin	<u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u> Zustimmung 6:0:1 mit folgender Änderung des Beschlusstextes:
<p>Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur Stärkung der Standortvermarktung des Wirtschaftsstandortes Potsdam die folgenden Maßnahmen und Vorhaben umzusetzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Landeshauptstadt Potsdam schließt einen Partnerschaftsvertrag mit der Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH (Berlin Partner) für die Aufnahme der Landeshauptstadt Potsdam in das Business Location Center (BLC). — Die Landeshauptstadt Potsdam beauftragt das im Auftrag von Berlin Partner tätige IT Unternehmen mit der Einpflege der Potsdamer Wirtschaftsdaten in den Wirtschaftsatlas Berlin. — Die Landeshauptstadt Potsdam beauftragt das im Auftrag von Berlin Partner tätige Unternehmen zur Ausweitung der Berliner Befliegung auf das Stadtgebiet Potsdams zwecks aktueller 3D-Luftaufnahmen.“ 			
5.7	22/SVV/1234	Satzung über die Veränderungssperre im Bereich des Bebauungsplans Nr. 177 "Am Wiesenrand/Am Lehnitzsee/Am Rehweg/Heinrich-Heine-Weg" (OT Neu Fahrland) der Landeshauptstadt Potsdam	<u>Ortsbeirat Neu Fahrland</u> einstimmig abgelehnt <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u> Zustimmung 5:0:3
5.8	22/SVV/1235	Beschluss über den Masterplan Schlaatz und zur Fortführung des Bebauungsplans Nr. 138 "Am Schlaatz"	<u>Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion</u> Zustimmung 6:0:1 <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u> Zustimmung 7:0:1 <u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> einstimmige Zustimmung

- 5.9 23/SVV/0007 Tourismuskonzept der Landeshauptstadt Potsdam Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes
Zustimmung 6:0:1
- Ausschuss für Kultur
einstimmige Zustimmung
- Hauptausschuss
Zustimmung 13:0:2
- 5.10 23/SVV/0028 Umfirmierung der Biosphäre Potsdam GmbH und Änderung des Gesellschaftsvertrages sowie Verkauf von Geschäftsanteilen innerhalb des städtischen Beteiligungsportfolios Hauptausschuss
Zustimmung 15:0:1
- 5.11 23/SVV/0029 Modellprojekt "Poollösung zur Schulassistentenz" Ausschuss für Bildung und Sport
einstimmige Zustimmung
- 5.12 23/SVV/0060 Innenstadt – Straßenräume neu denken!
+ **ÄA** Fraktion DIE aNDERE vom 21.02.22 (Parkplätze Bassinplatz)
+ **ÄA** Fraktion DIE aNDERE vom 21.02.22 (Fußgängerzone Holländisches Viertel)
- Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes
Zustimmung 6:0:2 mit folgender Ergänzung des Beschlusstextes:

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes ist jährlich zu den Baumaßnahmen zu berichten.

+ **EA** Fraktion CDU vom 23.02.23

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität
einstimmige Zustimmung (ursprüngliche Fassung)

EA Fraktion DIE aNDERE vom 21.02.23 (Parkplätze Bassinplatz)
zurückgezogen

EA Fraktion DIE aNDERE vom 21.02.23 (Fußgängerzone Holländisches Viertel)
abgelehnt 2:4:1

EA Fraktion CDU vom 23.02.23
abgelehnt 2:4:1

Wiedervorlagen aus den Ausschüssen – Anträge der Fraktionen/Ortsbeiräte

TOP:

- 6.1** **19/SVV/1298** Machbarkeitsstudie zur Einführung von Hybrid-Obussen Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität
Erledigung des Antrags festgestellt
- 6.2** **22/SVV/1116** Klimaneutraler ÖPNV Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität
Erledigung des Antrags festgestellt
- 6.3** **22/SVV/1151** Kommunikationsoffensive für umweltfreundliche Mobilität Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität
einstimmige Zustimmung mit folgender Streichung im Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Kommunikationsstrategie für zugezogene Potsdamerinnen und Potsdamer zu erarbeiten, die zur Nutzung von Verkehrsträgern des Umweltverbundes motiviert.

- 6.4** **21/SVV/1205** Stärkung der beruflichen Bildung in der Landeshauptstadt Potsdam Ausschuss für Bildung und Sport
Erledigung des Antrags festgestellt
- 6.5** **22/SVV/0058** Rahmenbedingungen für digitalgestütztes Lernen Ausschuss für Bildung und Sport
zurückgestellt
- + **ÄÄ** Fraktion Freie Demokraten vom 15.02.22
- 6.6** **22/SVV/0447** Anpassung der Vergabekriterien für den kommunalen Klimafonds Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität
Antrag in der **NF** der Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam vom 01.12.22 abgelehnt 1:5:1
- 6.7** **22/SVV/0740** Behinderten- und radfahrerfreundlicher glatter Belag im Stadtzentrum Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes
Zustimmung 6:2:0 zu einer neuen Fassung, wie folgt:

Die Übergänge/Querungen an den jeweiligen Kreuzungen (Dortu- und Lindenstraße mit der Hegelallee, Gutenbergstraße und Lindenstraße) sind entsprechend des Pilotverfahrens in der Brandenburger Vorstadt zu gestalten und dabei vorrangig Pflasterstreifen in gebundener Bauweise mit geschnittenem Pflaster mit der empfohlenen Griffigkeit von min. SRT 40, für sehgeschwache und Blinde erkennbar, zu verwenden.

+ EA Stadtverordnete Armbruster Fraktion
Bündnis 90 / Die Grünen vom 23.02.23

Ausschuss für Klima, Umwelt und
Mobilität

EA Stadtverordnete Armbruster
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
vom 23.02.23 abgelehnt 1:5:0

einstimmige Zustimmung zur **NF**
aus dem Ausschuss für Stadt-
entwicklung, Bauen, Wirtschaft
und Entwicklung des ländlichen
Raumes einschließlich eines Ein-
leitungssatzes wie folgt:

Im Zuge der Straßenplanung ist folgende Prüfung vorzunehmen:

.

6.8 22/SVV/1149

Schutzstreifen für Radverkehr baulich
abgrenzen

Ausschuss für Klima, Umwelt und
Mobilität

einstimmige Zustimmung zur **NF**
Fraktion DIE aNDERE vom
21.02.22

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der Fortschreibung des Radver-
kehrskonzeptes zu prüfen, ob bei der Planung zukünftiger Radverkehrsanlagen in der
Landeshauptstadt Potsdam das Konzept von "Protected Bike Lanes" berücksichtigt
werden kann.**

6.9 22/SVV/1155

Pop-Up-Radwege in Potsdam

Ausschuss für Klima, Umwelt und
Mobilität

Erlедigung des Antrags festge-
stellt

6.10 22/SVV/1159

Radschnellwegplanung in Potsdam
vorantreiben

Ausschuss für Klima, Umwelt und
Mobilität

zurückgestellt

6.11 22/SVV/0820

Strategische Steuerung durch
SMARTe Ziele

Ausschuss für Finanzen

Zustimmung 4:1:4 mit folgender
Änderung des Beschlusstextes:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Verankerung von qualitativen Zielen **im Be-
richtssystem sowie** in der Haushaltsplanung ~~und dem Berichtssystem~~ der Landeshaupt-
stadt **Potsdam** ~~in die Wege zu~~ leiten fortzuentwickeln. Zukünftig soll kriterienorientierte Zie-
lerfüllung als Steuerungsinstrument (~~Budgeting-Ansatz~~) wirksam werden.

Dazu sollen in einem ersten Schritt modellhaft zwei Ziele ausgewählt werden.

1. die Auswirkung auf die Klima Bilanz;
2. die Auswirkung auf die Gleichstellungsorientierung.

~~Für den Haushalts- und Berichts-Zeitraum 2023/24 sollen Leuchtturm-Projekte von den
Fachbereichen benannt werden, die modellhaft beide Ziele in ihre Berichtsmatrix aufnehmen
wollen.~~

- ~~Die Ziele in den Berichten zum Haushalt sollen SMARTe Ziele sein (spezifisch, messbar,~~

akzeptiert, realistisch und terminiert).

- ~~Sie sollen in dem Berichtswesen des Haushaltes standardmäßig darstellbar sein.~~
- ~~Die einzelnen Positionen der Kostenstellen, bzw. die im Haushalt verankerten Maßnahmen und Projektbudgets sollen im Hinblick auf ihre Wirksamkeit auf die o.a. Ziele bewertbar sein.~~

Für das vorhandene Berichtswesen der Fachbereiche soll im Jahr 2023 damit begonnen werden, bereits verfügbare Daten für die beiden Ziele heranzuziehen und darzustellen. In den Berichten sollen dafür geeignete und aus den bestehenden Daten abbildbare Kennzahlen ausgewiesen werden, die für die o. g. Ziele auswertbar sind.

6.12	22/SVV/0843	Fassadengestaltung der Häuser der Studentenwohnanlage Breite-Seelenbinderstraße	<u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u> Erledigung des Antrags festgestellt
6.13	22/SVV/0940	Arbeitsfähigkeit und Kapazitäten der Stadtplanung und Bauaufsicht stärken und an die Herausforderungen anpassen	<u>Ausschuss für Finanzen</u> abgelehnt 1:6:1 <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u> zurückgestellt
6.14	22/SVV/0965	Photovoltaik/ Solarenergie auf kommunalen Gebäuden in Neu Fahrland	<u>Werksausschuss Kommunaler Immobilien Service</u> Erledigung des Antrags festgestellt <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u> Erledigung des Antrags festgestellt <u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> Erledigung des Antrags festgestellt
6.15	22/SVV/0979	Fortschreibung Prioritätenliste naturschutzrechtlicher Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen + NF Fraktion DIE aNDERE vom 13.12.22	<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> abgelehnt 2:3:2 <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u> abgelehnt 2:4:2
6.16	22/SVV/1012	Kramprnitz, ein Ort der Erinnerung an die „Rote Kapelle“	<u>Ausschuss für Kultur</u> Einstimmige Zustimmung

6.17	22/SVV/1089	Brunnenbohrung und Gartenbewässerung	<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> Erledigung des Antrags festgestellt
6.18	22/SVV/1100	Aktualisierung der Wirtschaftlichkeitsberechnung für den Wohnblock Staudenhof	<u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u> abgelehnt 2:6:0 <u>Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion</u> abgelehnt 2:5:0 <u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> abgelehnt 2:4:1
6.19	22/SVV/1104	Haushalt 2023/2024 Verwendung der Mittel für Freiwillige Leistungen	<u>Ausschuss für Finanzen</u> zurückgestellt
6.20	22/SVV/1105	Die Bearbeitung von „Klima-Anträgen“ bündeln	<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> abgelehnt 1:3:3
6.21	22/SVV/1106	Qualität von Volkspark und Lustgarten sichern und erhalten + ÄA Fraktion AfD vom 30.11.22	<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> zurückgestellt
6.22	22/SVV/1113	Baustellenmanagement verbessern	<u>Ausschuss für Ordnung und Sicherheit</u> Erledigung des Antrags festgestellt <u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> Erledigung des Antrags festgestellt
6.23	22/SVV/1147	Grundlagen der Geschichtsaufarbeitung und -vermittlung stärken	<u>Ausschuss für Kultur</u> einstimmige Zustimmung zur NF Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 12.12.2022

Der OBM wird beauftragt, die konzeptionellen und finanziellen Ressourcen für die fachlich erforderliche Grundlagenarbeit zur Sicherung, Erfassung, Digitalisierung und Bereitstellung von archivwürdigen historischen Materialien (Schriftgut, Film- und Fotodokumente, Banner, Plakate u.a.) in den städtischen Institutionen (Stadtarchiv, Potsdam-Museum, Stiftung Lindenstraße u.a.) zu stärken.

Erforderlich sind dafür Analyse, Entwicklung eines Gesamtkonzeptes, Erkundung des erforderlichen Finanzrahmens - auch im Vergleich mit anderen Städten - sowie Recherchen zusätzlicher Finanzierungsquellen. Diese Entwicklungsschritte sollen unter Einbeziehung bzw. in Zusammenarbeit der im Rahmen der Analyse als relevant erkannten Einrichtungen erfolgen.

Erste Ergebnisse sind der SVV im Juni 2023 vorzulegen.

- 6.24 22/SVV/1154 Mieter:innen langfristig schützen – Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion
Mietenpolitische Maßnahmen aus-
bauen Zustimmung 5:1:1 mit folgender
Änderung des Beschlusstextes:

- .
.
• **die Einrichtungen einer** Anlauf- und Beratungsstelle für nichtkommerzielle Gemeinschaftsprojekte ~~schaffen~~ **zu prüfen**. Diese sind zudem, bspw. vertreten über das Miethäusersyndikat, in regelmäßigen Gremiensitzungen mit Verwaltung und Politik an der weiteren Stadtentwicklung zu beteiligen.
• **die Einrichtung einer** Meldestelle für Bürger:innen und Initiativen in der Verwaltung für Fälle von Spekulation, Verdrängung etc. sowie zur Meldung von Leerstand ~~einzu-
richten~~ **zu prüfen**.
.
.

- 6.25 22/SVV/1158 Prüfung der Einrichtung von wett- Ausschuss für Stadtentwicklung,
kampffähigen Sportstätten in der LH Bauen, Wirtschaft und Entwick-
Potsdam: Innenstadt und Babelsberg. lung des ländlichen Raumes
Aufnahme des westlichen Viertels des einstimmige Zustimmung mit fol-
Lustgartens in die Potentialflächen gender Streichung im Be-
schlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob im westlichen Viertel des Lustgartens - angrenzend an das Ministeriumsgelände, wo sich bereits eine Volleyballanlage befindet- eine wettkampffähige Sportanlage eingerichtet werden kann. Dabei ist insbesondere zu prüfen, auf welche Weise mit dem Planungsbüro Dietz/Joppin eine Einigung über eine Veränderung des von Ihnen zur BUGA 2001 gestalteten Lustgartens (Teil Orte am Fluss) erreicht werden kann. Diese Fläche soll auch in die Zusammenstellung der Potentialflächen zur möglichen Neuerrichtung wettkampffähiger Sportstätten aufgenommen werden.
~~In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, ob auch die vor über drei Jahren angestrebte Planung zu einer gleichartigen Sportanlage im nordöstlichen Teil Babelsbergs zwischen Bahndamm und Rudolf Breitscheidt Straße wieder aufgenommen werden kann.~~

Ausschuss für Bildung und Sport
zurückgestellt

- 6.26 22/SVV/1246 Aufwertung der Grünfläche Ende Ausschuss für Stadtentwicklung,
Brauerstraße/ Uferpark Freundschafts- Bauen, Wirtschaft und Entwick-
insel lung des ländlichen Raumes
Erledigung des Antrags festge-
stellt

- 6.27 22/SVV/1263 Kostenloser Internetzugang für Pati- Ausschuss für Gesundheit, So-
ent:innen im Klinikum "Ernst von ziales, Wohnen und Inklusion
Bergmann" abgelehnt 2:5:0

Hauptausschuss
abgelehnt 3:11:2

- 6.28 22/SVV/1265 Sonntagsöffnung der Stadt- und Lan- Ausschuss für Bildung und Sport
desbibliothek **zurückgestellt**

Ausschuss für Finanzen
zurückgestellt

			<u>Jugendhilfeausschuss</u> zurückgestellt
6.29	23/SVV/0002	Einrichtung Familienbüro	<u>Ausschuss für Finanzen</u> Zustimmung
			<u>Jugendhilfeausschuss</u> zurückgestellt
6.30	23/SVV/0009	Geschäftsführer bei städtischen Unternehmen	<u>Hauptausschuss</u> abgelehnt 1:12:1
6.31	22/SVV/1240	Übergang Bahnhof Medienstadt	<u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u> abgelehnt 1:5:1
			<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> zurückgestellt
6.32	23/SVV/0035	Entschärfung der Gefahrenstellen / Knoten um den Bahnhof Park Sanssouci	<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> einstimmige Zustimmung
6.33	23/SVV/0036	Verkehrsbehördliche Überprüfung zur Festsetzung von Geschwindigkeitsbeschränkungen vor Schulen, Kitas, Hort- und Senioreneinrichtungen aktualisieren	<u>Ausschuss für Bildung und Sport</u> einstimmige Zustimmung mit folgender Änderung des Beschlusstextes:
<div style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> <p>. . Die Stadtverordnetenversammlung ist mit einer Mitteilungsvorlage im IV. H. Quartal 2023, über den Umsetzungsstand zu informieren.</p> </div>			<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> einstimmige Zustimmung einschließlich der Änderung aus dem Ausschuss für Bildung und Sport
6.34	23/SVV/0037	P&R Parkplatz der Drehscheibe Marquardt optimieren	<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> einstimmige Zustimmung mit folgender Streichung im Beschlusstext:
<div style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> <p>Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und wie der P&R Parkplatz der Mobilitätsdrehscheibe Marquardt und der Friedrichspark durch die Nutzung der Havelbuslinien 64/1 und / oder 650 besser in das ÖPNV-Netz eingebunden werden können.</p> </div>			
6.35	23/SVV/0051	Ausfinanzierten Tür-zu-Tür-Umstieg am Campus Jungfernsee sicherstellen	<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> Erladigung des Antrags festgestellt

6.36 23/SVV/0046 Kunst am Schlaatz

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes
einstimmige Zustimmung mit folgender Änderung des Beschlusstextes:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Erhaltung der Kunstwerke im öffentlichen Raum am Schlaatz zu sichern. In seiner Eigenschaft als Gesellschafter der Pro Potsdam und über den Verbund Stadtpuren wird er außerdem beauftragt, ~~dafür Sorge zu tragen, dass zu prüfen, wie~~ die Schlaatzer „Broschen“, d.h. die Hausverzierungen am Schlaatz, bei der Gebäudesanierung erhalten und auch weiterhin im Original sichtbar bleiben.

Ausschuss für Kultur
einstimmige Zustimmung mit folgender Ergänzung des Beschlusstextes:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Erhaltung der Kunstwerke im öffentlichen Raum am Schlaatz zu sichern. In seiner Eigenschaft als Gesellschafter der Pro Potsdam und über den Verbund Stadtpuren wird er außerdem beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass **geprüft wird, wie** die Schlaatzer „Broschen“, d.h. die Hausverzierungen am Schlaatz, bei der Gebäudesanierung erhalten und auch weiterhin im Original sichtbar bleiben.

Den Ausschüssen für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums und Kultur ist im Juni 2023 Bericht zu erstatten.

6.37 23/SVV/0050 Meinungsbild zum Weihnachtsmarkt

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes
zurückgestellt

6.38 23/SVV/0055 Vernichtung endlicher Ressourcen vermeiden – Abrisscheck einführen!

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes
zurückgestellt

Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion
Zur Kenntnis genommen

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität
zurückgestellt

Vorab im Ausschuss beraten:

8.5 23/SVV/0162 Einrichtung des Bildungsgangs Fachoberschule in der Fachrichtung Gestaltung im einjährigen Bildungsgang

Ausschuss für Bildung und Sport
Vorlage wurde behandelt; **ohne** Abstimmungsergebnis

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:

Titel des Antrages:

Preußen im Namen des Hauses der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte erhalten

Drucksache Nr.: 23/SVV/0184

TOP: 8.1

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Bei der genannten Einrichtung, die dem Antrag nach den bisherigen Namen beibehalten soll, handelt es sich um eine kulturelle Einrichtung, die als gGmbH geführt wird. Die Mehrheitsanteile an der gGmbH hält das Land Brandenburg, die Landeshauptstadt Potsdam ist ebenfalls Gesellschafter. Die fachliche Leitung wird nach den Kriterien der Wissenschaftsfreiheit geführt. Der Geschäftsführung obliegt es auch, Programmprofile und Inhalte festzulegen. Die Führung eines in der Öffentlichkeit verbreiteten Namens legt nahe, dass Programmprofil und Inhalte durch den verwendeten Namen wiedergegeben werden.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

keine

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

offen

4. Inhaltliche Einordnung

Entsprechend der Anfrage ist die Initiative zum Erhalt des Namens „Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte“ in Zuständigkeit der fachlichen Leitung des Hauses zu sehen. Nur von der Geschäftsführung der gGmbH kann nach den Prinzipien der Wissenschaftsfreiheit entschieden werden, ob dem Antrag gefolgt wird.

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 01.03.2023

Titel des Antrages:

Verbesserung der Verkehrssicherheit an der Oberlinschule

Drucksache Nr.: 23/SVV/0175

TOP: 8.2

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan


3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Das Ergebnis wird der Stadtverordnetenversammlung dann im 4. Quartal mitgeteilt

4. Inhaltliche Einordnung

Sowohl die straßenbauliche als auch die verkehrsorganisatorische Situation vor Ort ermöglicht eine sichere Verkehrsabwicklung. Sofern sich jedoch der Hol- bzw. Bringeverkehr verkehrswidrig aufstellt, müsste mit ordnungsbehördlichen Mitteln entsprechend entgegengewirkt werden.

Die LHP wird sich mit den beteiligten Fahrdiensten und der Oberlinschule zur Gefahrensituation in der Straße Alt Nowawes (zwischen Rudolf-Breitscheid-Str. und der Einfahrt zur Oberlinschule – Höhe Neue Str.) abstimmen und sich zu ggf. straßenbaulichen Möglichkeiten austauschen, um eine einvernehmliche Lösung zu finden.

24.02.23
i.V. 
Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 01.03.2023

Titel des Antrages:

Park & Ride Parkplatz Campus Jungfernsee erweitern

Drucksache Nr.: 23/SVV/0188

TOP: 8.3

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Die Prüfung ist bereits vorgenommen worden.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Im Entwurf des Doppelhaushaltes 2023/24 stehen keine Mittel zur Umsetzung zur Verfügung.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

-

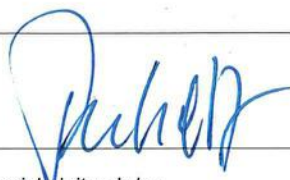
4. Inhaltliche Einordnung

Die Prüfung ist bereits im Rahmen der Planung für den Bau des Park & Ride Parkplatzes am Campus Jungfernsee vorgenommen worden. Eine Erweiterung ist auf der Grundlage der Festsetzungen des gültigen Bebauungsplanes Nr. 83 "Campus am Jungfernsee" nicht möglich.

21.2.23

Datum/Unterschrift

Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 01.03.2023

Titel des Antrages:

Mitwirkungsgrremium Am Stern

Drucksache Nr.: 23/SVV/0141

TOP: 8.4

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Die beantragte Wahl einer Bürgervertretung bindet personelle Mittel sowohl im Fachbereich Stadtplanung als auch voraussichtlich im Bereich Statistik und Wahlen.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Eine Verschiebung des Termins für die Information der SVV von Juni auf September 2023 sichert die nötige Vorbereitung.

4. Inhaltliche Einordnung

Statt der Wahl einer Bürgervertretung wird die Stärkung des bestehenden Stadtteilrats Stern /Drewitz/Kirchsteigfeld empfohlen.

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 01.03.2023

Titel des Antrages:

Konkretisierung der Nachhaltigkeitsstandards sowie Verzicht auf eine Tiefgarage in den Planungen für Block V

Drucksache Nr.: 23/SVV/0189

TOP: 8.6

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

Der überwiegende Teil des Beschlussantrages richtet sich an Vorgaben für die ProPotsdam GmbH als Bauherrin des Block V.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Die Umsetzung der Maßnahme war nicht Bestandteil der Haushaltsdiskussion. Es wurden dafür keine Mittel eingeplant.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Die auf das Bauen bezogenen Punkte sind zeitlich umsetzbar.

4. Inhaltliche Einordnung

Der zweite Absatz wird nicht zum Beschluss empfohlen, da die Herauslösung von Block V aus der rechtsgültigen Stellplatzsatzung dem Gleichbehandlungsgrundsatz im Stadtraum widerspricht.

Festlegungen zur unterbaubaren Grundstücksfläche sind im Rahmen des laufenden Bebauungsplanverfahrens SAN-P 20 zu treffen

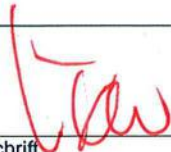
22.2.23 

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 01.03.2023	
Titel des Antrages: Sportplatz des ESV Lok an der Berliner Straße dauerhaft sichern	
Drucksache Nr.: 23/SVV/0193	TOP: 8.7

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung Der Antrag ist rechtlich zulässig.
2. Berücksichtigung im Haushaltsplan Ja.
3. Zeitliche Umsetzbarkeit Ziel: 2023/2024
4. Inhaltliche Einordnung Zu Punkt 1) Es ist wünschenswert, dass der Oberbürgermeister von der Stadtverordnetenversammlung bei den Verhandlungen mit dem Bundeseisenbahnvermögen zum Erwerb des Grundstücks im Sinne des Antrages unterstützt wird. Zu Punkt 2) Der Oberbürgermeister und der Bürgermeister sind bereits seit längerem im Sinne des Antrages mit dem Bundeseisenbahnvermögen sowie dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr in Gesprächen. Ziel ist es, dass keine Höchstgebotsausschreibung des Grundstückes erfolgt und die Landeshauptstadt Potsdam es zur Sicherung der sportlichen Nutzung direkt vom Bundeseisenbahnvermögen zum aktuellen und realen Verkehrswert erwirbt. Aktuell gibt es <u>noch</u> kein Ergebnis im Sinne der Landeshauptstadt Potsdam.



Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 01.03.2023

Titel des Antrages:

IT-Krise dauerhaft bewältigen und aufarbeiten

Drucksache Nr.: 23/SVV/0139

TOP: 8.8

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Die Arbeit der Stadtverordneten und deren Zusammenarbeit mit dem Oberbürgermeister findet grundsätzlich in der Stadtverordnetenversammlung und ihren Ausschüssen statt.

Die Bildung von Arbeitsgruppen, Kommissionen o.ä, an denen neben dem Oberbürgermeister und seiner Verwaltung auch Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung teilnehmen, ist in § 13 der Hauptsatzung vorgesehen. Die Bildung solcher Kommissionen und deren Zusammensetzung bedarf eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung. Die Grundsätze der Öffentlichkeit und der demokratischen Ordnung sowie der Gleichbehandlung sind dabei einzuhalten.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Entsprechende Mittel für ein nicht-öffentliches Gremium sind nicht im Haushalt der LHP eingeplant.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

k.A.

4. Inhaltliche Einordnung

Fragen der Stadtverordneten zur IT-Sicherheitslage sind bereits im Rahmen von mehreren Kleinen Anfragen gestellt und durch die LHP beantwortet worden. Diese decken bereits einen Teil der durch das gewünschte nicht-öffentliche Gremium zu klärenden Fragen ab. Die Verwaltung hat dokumentiert und kann Fragen der Stadtverordneten auch weiterhin beantworten, sofern die Fragen dem Auskunftsrecht der Stadtverordneten unterliegen und keine Gefahr für die IT-Sicherheit der LHP durch die Beantwortung ausgeht. Es wird empfohlen, eine vertiefende Erörterung im PTD vorzunehmen.

12.2.23

Datum/Unterschrift

Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 01.03.2023

Titel des Antrages:

Umsetzung des Bundesaufnahmeprogramms Afghanistan in Potsdam

Drucksache Nr.: 23/SVV/0177

TOP: 8.9

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Afghanische Ortskräfte erhalten eine Aufenthaltserlaubnis nach § 22 AufenthG, sofern das Bundesministerium des Innern eine Aufnahmezusage erteilt hat. Da die dt. Botschaft in Afghanistan geschlossen ist, müssen Anträge auf Einreise derzeit in Nachbarstaaten gestellt werden. Die Koordination der Aufnahme selbst findet zwischen dem BAMF und dem MIK statt. Eine kommunale Zuständigkeit besteht nicht.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Es ist aufgrund der fehlenden Konzeption unklar, wie viel Personal- und Sachmittel die beantragte Stelle benötigen würde. Davon unabhängig sind bislang keine entsprechenden Mittel im Haushaltsplan berücksichtigt.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Da vor einer Installation einer meldenden Stelle zunächst eine Konzeption erstellt und eine Finanzierung gesichert sein müsste, kann über die zeitliche Umsetzbarkeit keine Aussage getroffen werden.

4. Inhaltliche Einordnung

Nach Ankunft in Deutschland erfolgt eine Zuweisungen von afghanischen Ortskräften bzw. durch die Taliban besonders gefährdeten Personen durch das BAMF im Rahmen der landesinternen Verteilung unter Zugrundelegung von bereits erfolgten kommunalen Freimeldungen an die ZABH. An dieser Stelle beginnt die Zuständigkeit der Kommune. Davor besteht lediglich eine Zuständigkeit des Bundes und des Landes.


Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 01.03.2023

Titel des Antrages:

Prüfung kommunal geführtes Pflegeheim

Drucksache Nr.: 23/SVV/0183

TOP: 8.10

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es wird kein Bedarf für ein kommunal geführtes Pflegeheim gesehen. Die Grundversorgung ist ausreichend. Es haben 17 von 19 vollstationären Einrichtungen der LHP einen Versorgungsvertrag mit d. Sozialhilfeträger abgeschlossen. Damit wird Hilfe zur Pflege gewährleistet. Sozialhilfe wird somit sichergestellt.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Es sind keine Haushaltsmittel für Gutachten mit diesem spez. Ansatz in Haushaltsplanung für 2023/2024 vorgesehen

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Die zeitliche Umsetzbarkeit kann nicht eingeschätzt werden.

4. Inhaltliche Einordnung

Vor dem Hintergrund der pflegerischen Bedarfe für die LHP wird aktuell der Pflegebedarfsplan erarbeitet. Dieser liegt bis Ende 2023 vor. Der Pflegebedarfsplan ist Voraussetzung für Aussagefähigkeit.



Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:

Titel des Antrages:

Begrünung des Mittelstreifens der Breiten Straße

Drucksache Nr.: 23/SVV/0185

TOP: 8.11

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

Die Umsetzung der mit dem Antrag gewünschten Maßnahme bedarf einer umfassenden Prüfung.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Die Deckung ist aus dem laufenden Haushalt möglich.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Über das Ergebnis der Prüfung kann im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität im September 2023 informiert werden.

4. Inhaltliche Einordnung

Ein ähnlich gelagerter Antrag DS 10/SVV/1055 wurde am 26.1.2011 in der StVV abgelehnt. Unter der DS 10/SVV/0915 wurde eine Mitteilungsvorlage behandelt, aus der hervorgeht, dass eine Bepflanzung des Mittelstreifens nicht durchführbar und zu unterhalten ist.

21.02.2023


Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 01.03.2023

Titel des Antrages:

Einrichtung von Terminals zur Selbstbearbeitung im Jobcenter

Drucksache Nr.: 23/SVV/0190

TOP: 8.13

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Die LHP kann als Träger des Jobcenters die entsprechende Zielstellung einbringen.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Eine Berücksichtigung im Haushaltsplan der LHP ist nicht erforderlich, da entsprechende Kosten durch das Jobcenter zu tragen wären.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Das Ziel ist bereits umgesetzt.

4. Inhaltliche Einordnung

Im Jobcenter LHP stehen seit Januar 2023 vier Bürger*innen-PC zur Nutzung des digitalen Zugangs zum Jobcenter (www.jobcenter.digital) zur Verfügung. Bürger*innen können dort während der Erreichbarkeitszeiten des Jobcenters digital Anträge stellen, ihre Unterlagen digital durch Einscannen einreichen oder schriftlich Anfragen stellen. Qualifizierte Mitarbeiter*innen des Jobcenters stehen in diesen Zeiten bei Fragen oder Unterstützungsbedarf zur Verfügung. Bei Unterstützungsbedarf zur grundsätzlichen Antragstellung wird ein kurzfristiger Termin vereinbart, um die Anliegensklärung besser zu gewährleisten (Vorbereitung der Bürger*innen und Mitarbeitenden - Ressourcensteuerung). Dieser Termin kann telefonisch oder persönlich am Empfang des Jobcenters vereinbart werden.

Das Jobcenter LHP wird die digitalen Kommunikationsmittel deutlich ausbauen und stärken. Jede/r Bürger*in wird jedoch auch weiterhin die Möglichkeit haben, ihre/seine Anliegen persönlich an 5 Werktagen die Woche vorzubringen.


Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:

Titel des Antrages:

Schulstandort "Esplanade 5" als Übergangs- und Ausweichstandort erhalten

Drucksache Nr.: 23/SVV/0148

TOP: Ö 8.14

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Gemäß § 102 (1) BrbSchulG i.V.m. Beschluss zum Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplan 2021 bis 2026, Pkt. 6 a), Drucksache 21/SVV/0518

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Nicht berücksichtigt

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Frühestens ab 2027/2028 bzw. nach Umzug der Schule am Schloss (28) nach Krampnitz

4. Inhaltliche Einordnung

Einer dauerhaften Nutzung als Modulstandort stehen städtebauliche Interessen / baurechtliche Restriktionen sowie der Abschluss der Entwicklungsmaßnahme Bornstedter Feld entgegen.

Der Standort der Modulanlage an der Esplanade 5 könnte jedoch, sofern der Standort dauerhaft zur Verfügung steht, als Übergangs- und Ausweichstandort zur Kompensation Versorgungsengpässen im Bereich der Sekundarstufe I sowie für Komplettauslagerungen genutzt werden. Insbesondere die Wirtschaftlichkeit der Nachnutzung des Standorts sowie die zentrale Lage sprächen dafür.

24.07.23, 
Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister/ Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 01.03.2023

Titel des Antrages:

Quartiersgaragenkonzept für die Innenstadt und angrenzenden Vorstädte

Drucksache Nr.: 23/SVV/0191

TOP: 8.15

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Die Prüfung ist möglich.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Die Deckung ist aus dem laufenden Haushalt möglich.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Die Berichterstattung ist frühestens im Juni 2025 möglich.

4. Inhaltliche Einordnung

Der Antrag ergänzt vorliegende Beschlüsse: Stadtentwicklungskonzept Verkehr (DS 13/SVV/0741), Innenstadtverkehrskonzept (DS 17/SVV/0241), „Parkhauskonzept für die Potsdamer Innenstadtbereiche/anliegende Vorstädte“ (DS 19/SVV/1299) und „Verringerung des Ruhenden Verkehrs“ (DS 20/SVV/0858).

21.2.23



Datum/Unterschrift

Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 01.03.2023

Titel des Antrages:

Bedarfsgerechte Vergabe städtischer Wohnungen

Drucksache Nr.: 23/SVV/0130

TOP: 8.18

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Die Vergabe von mietpreis- und belegungsgebundenem Wohnraum bei der ProPotsdam GmbH (PP) erfolgt unter Berücksichtigung der Regelungen des BbgWofG durch Ausüben des Benennungs- bzw. Besetzungsrechts durch die Landeshauptstadt Potsdam (LHP).

Für alle frei vermietbaren Wohnungen der PP gibt es Vorgaben aus dem Datenschutz: Die Anwendung des Zufallsprinzips für die Auswahl der Interessenten für Wohnungsbesichtigungstermine erfolgt zwingend aufgrund des zu beachtenden gesetzlichen Datenschutzes.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

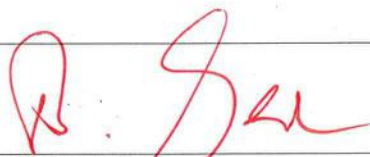
Keine unmittelbaren

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Aus rechtlichen Gründen nicht umsetzbar

4. Inhaltliche Einordnung

s.o. Zur ausführlichen Darstellung zum Thema Wohnungsvergabe und Datenschutz wird auf die Evaluierung des ProPotsdam Bonus verwiesen.



Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 01.03.2023

Titel des Antrages:

Volkstrauertag in Potsdam

Drucksache Nr.: 23/SVV/0137

TOP: Ö 8.19

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

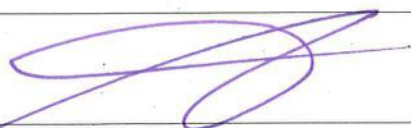
Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

4. Inhaltliche Einordnung

Die Einbeziehung des Sowjetischen Ehrenfriedhofs in die Gestaltung des Volkstrauertages ist organisatorisch möglich und wird in die Prüfung einbezogen.



Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 01.03.2023

Titel des Antrages:

Pflege des Karl-Liebknecht-Gedenkstein in Golm

Drucksache Nr.: 23/SVV/0142

TOP: 8.20

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.


2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Die Deckung ist aus dem laufenden Haushalt möglich.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

4. Inhaltliche Einordnung

Der Gedenkstein wird durch den Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur gepflegt und unterhalten.

23.3.23 i.V. 
Datum/Unterschrift

Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 01.03.2023

Titel des Antrages:

Vereinheitlichung des Tempolimits in der mittleren Zeppelinstraße

Drucksache Nr.: 23/SVV/0144

TOP: 8.21

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Die Prüfung ist möglich.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Die Deckung ist aus dem laufenden Aufwand möglich.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

4. Inhaltliche Einordnung

Die aktuelle Geschwindigkeitsreduzierung in der Zeppelinstraße basiert auf den Ergebnissen des Modellversuches-Zeppelinstraße (2017/2018), welche im Zusammenhang von gesetzlich einzuhaltenden Lärm- und Luftschadstoffemissionen stehen.

21.2.23 

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 01.03.2023

Titel des Antrages:

Nächster Stopp Elternhaltestelle

Drucksache Nr.: 23/SVV/0146

TOP: 8.22

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

4. Inhaltliche Einordnung

Potsdams Infrastruktur ist so gut ausgebaut, dass alle Schulen - nicht nur die Grundschulen - in Potsdam sehr gut und verkehrssicher entweder zu Fuß und/oder mit dem Rad und/oder dem ÖPNV erreichbar sind. Die LHP strebt mit dem Schulwegsicherungskonzept vorrangig die Stärkung der Mobilitätskompetenz der Schulkinder an. Das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung verfolgt diesen Ansatz ebenfalls. Die Unterstützungsmaßnahme des MIL zielt in erster Linie auf die Schulkinder ab, die ihren Schulweg nicht selbstständig zurücklegen können und darauf angewiesen sind, von ihren Eltern mit dem Auto befördert zu werden. Das kann z. B. Kinder aus der ländlichen Region, die eine Potsdamer Schule besuchen oder Kinder mit einem Grad der Behinderung betreffen. Nur unter Betrachtung dieser Aspekte und der jeweiligen Verkehrs- und Parksituation an den Potsdamer Schulen kann über die Schaffung von Elternhaltestellen entschieden werden.

Besonders ausschlaggebend für die Verkehrssicherheit ist der Mensch (hier die Kinder) mit der Fähigkeit, sicherheitsbewusst und verantwortungsvoll am Straßenverkehr teilzunehmen. Unser Ziel ist auch weiterhin – auch mithilfe externer Partner wie die Potsdamer Verkehrswacht sowie vorrangig den Eltern – alle Kinder zur selbstständigen sowie sicheren Teilnahme am öffentlichen Straßenverkehr zu verhelfen. Jedes Kind sollte in der Lage sein den Weg zur Schule allein zu meistern. Das Bringen der Kinder mit privaten Autos ist dahingehend als kontraproduktiv anzusehen.

24.02.23

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 01.03.2023

Titel des Antrages:

Flächendeckendes Lernhilfeprogramm an Potsdamer Schulen

Drucksache Nr.: 23/SVV/0147

TOP: 8.23

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Freiwillige Leistung

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

nein

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Eine Prüfung gem. Antrag kann voraussichtlich bis zur Juni-SVV erfolgen.

4. Inhaltliche Einordnung

Die VHS engagiert sich seit Herbst 2021 sehr erfolgreich im Bereich der Lernhilfe u.a. i.R.d. des "Aufholen nach Corona" Programms.

Vorteile der VHS Lernhilfe für die Nutzenden: Teilhabe an Bildung stärken; Soziale Inklusion fördern; Bildungschancen für alle Kinder und Jugendliche erhöhen (unabhängig von Herkunft und Einkommen); Bildung = ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklungsmotor; Soziale Inklusion = Armut begegnen; in Kooperation mit Partnerschulen in Sozialräumen; Durchführung in Schulen in gewohnter Umgebung; Vermittlung/Verbesserung/Vertiefung von schulischem Basiswissen; Förderung der Motivation und Spaß am Lernen; Positive Lernerfahrungen generieren; Konzentration auf Stärken der Schüler*innen.

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 01.03.2023

Titel des Antrages:

Einführung des Systems "Nette Toilette"

Drucksache Nr.: 23/SVV/0153

TOP: 8.24

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Es sind keine Mittel im Doppelhaushalt 2023/2024 eingeplant.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit


Aufgrund nicht zur Verfügung stehender Haushaltsmittel (siehe 2.) ist eine Umsetzung im gewünschten zeitlichen Rahmen nicht möglich.

4. Inhaltliche Einordnung

Siehe 3.

Datum/Unterschrift

Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

02.2.23 

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:

Titel des Antrages:

Preußen als elementaren Namensbestandteil erhalten

Drucksache Nr.: 23/SVV/0192

TOP: 8.29

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Das HBPG, als Teil der BKG gGmbH wird durch die bestellte Geschäftsführung nach den Kriterien der Wissenschaftsfreiheit geführt. Die Mehrheitsanteile an der BKG gGmbH hält das Land Brandenburg, die Landeshauptstadt Potsdam ist ebenfalls Gesellschafter.

Der Geschäftsführung des HBPG obliegt es, Programmprofile und Inhalte festzulegen, dazu gehört auch die Verwendung eines Namens für die Kultur- und Bildungseinrichtung, die zur Zeit als Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte bekannt ist.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

keine

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

offen

4. Inhaltliche Einordnung

Die Anfrage zum Erhalt des Namens „Preußens“ fällt in die Zuständigkeit der fachlichen Leitung des HBPG. Sollten sich die Gesellschafter (Land Brandenburg und Landeshauptstadt Potsdam) dafür entscheiden, die Programmprofile und die inhaltliche Ausrichtung des HBPG ändern zu wollen, ist vor allem das Votum des Mehrheitsanteilseigners (Land Brandenburg) zu berücksichtigen.

Eine daraus mögliche Änderung des derzeit verwendeten Namens liegt auch dann immer noch bei der Geschäftsführung der gGmbH.

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 01.03.2023

Titel des Antrages:

Drucksache Nr.: 23/SVV/0194

TOP: 8.30

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Die Schaffung einer Radwegverbindung zwischen Uetz und Paretz entlang der Landesstraße 92 ist nicht in der Aufgabe der Landeshauptstadt Potsdam.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Keine Berücksichtigung im städtischen Haushaltsplan.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

4. Inhaltliche Einordnung

Die für diese Maßnahme, Radwegverbindung zwischen Uetz und Paretz entlang der Landesstraße 92, zuständige Behörde ist der Landesbetrieb Straßenwesen, die dem Ministerium für Infrastruktur und Landesentwicklung untergeordnet ist.



Datum/Unterschrift

Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 01.03.2023

Titel des Antrages:

Trinkwasserbrunnen und Hitzeschutz

Drucksache Nr.: 23/SVV/0195

TOP: 8.31

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich hier um eine freiwillige Aufgabe

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Im Entwurf des Doppelhaushaltes 2023/24 stehen keine Mittel zur Umsetzung zur Verfügung.

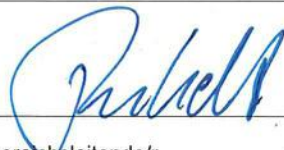
3. Zeitliche Umsetzbarkeit

-

4. Inhaltliche Einordnung

Die Umsetzung des Antrages bedarf einer Prüfung. Voraussetzung für das Aufstellen von Trinkwasserbrunnen ist die Erarbeitung eines Standortkonzeptes zur Ermittlung und Festlegung optimaler Plätze sowie eine gesicherte Finanzierung.

21.2.23



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 01.03.2023

Titel des Antrages:

Kostenloses Schülerticket für den ÖPNV

Drucksache Nr.: 23/SVV/0196

TOP: 8.32

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Die Maßnahme ist rechtlich zulässig.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Im Entwurf des Doppelhaushaltes 2023/24 stehen keine Mittel zur Umsetzung zur Verfügung.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

-

4. Inhaltliche Einordnung

Die Intention des Antrages war bereits teilweise Inhalt des Beschlusses 19/SVV/0597. Mit der Mitteilungsvorlage 21/SVV/0600 ist über den Sachstand informiert worden, welcher noch immer aktuell ist.

22.2.23 

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

**KONSENSLISTE zur Tagesordnung der 36. öffentlichen / nicht öffentlichen Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung am 1. März 2023**

**5 Wiedervorlagen aus den Ausschüssen -
Vorlagen der Verwaltung**

5.12 Innenstadt – Straßenräume neu denken!
23/SVV/0060 Oberbürgermeister, Fachbereich
Stadtplanung
**+ 2 EA Fraktion DIE aNDERE
vom 21.02.23
überweisen in KUM**

8 Anträge

8.3 Park & Ride Parkplatz „Campus Jungfernsee“
erweitern
23/SVV/0188 Fraktion Bürgerbündnis
**überweisen in SBWL, KUM,
FA**

8.19 Volkstrauertag in Potsdam
23/SVV/0137 Fraktion DIE aNDERE
überweisen in KA

8.22 Nächster Stopp Elternhaltestelle
23/SVV/0146 Fraktion Sozial.DIE
LINKE.Potsdam
überweisen in KUM

8.23 Flächendeckendes Lernhilfeprogramm an
Potsdamer Schulen
23/SVV/0147 Fraktion Sozial.DIE
LINKE.Potsdam
überweisen in B/Sp

8.24 Einführung des Systems "Nette Toilette"
23/SVV/0153 Fraktion DIE aNDERE
überweisen in SBWL, OS

8.25 Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan Nr. 141-
2 "Entwicklungsbereich Krampnitz - Bergviertel"
23/SVV/0156 Oberbürgermeister, FB
Stadtplanung
**überweisen in SBWL, OBR
Fahrland**

8.26 Bebauungsplan Nr. 141-5A-1
"Entwicklungsbereich Krampnitz -
Bundesstraße 2" Aufstellungsbeschluss
23/SVV/0157 Oberbürgermeister, FB
Stadtplanung
**überweisen in SBWL, OBR
Fahrland**

8.27 Bebauungsplan Nr. 141-1 "Entwicklungsbereich
Krampnitz – Klinkerhöfe Süd" Abwägungs- und
Satzungsbeschluss
23/SVV/0158 Oberbürgermeister, FB
Stadtplanung
**überweisen in SBWL, OBR
Fahrland**

8.28	Bebauungsplan Nr. 141-4 „Entwicklungsbereich Krampnitz – Klinkerhöfe Ost“ Abwägungs- und Satzungsbeschluss 23/SVV/0159	Oberbürgermeister, FB Stadtplanung überweisen in SBWL, OBR Fahrland
8.30	Regionalpark-Radweg im Potsdamer Norden etablieren 23/SVV/0194	Fraktion CDU überweisen in KUM, OBR Uetz-Paaren
8.31	Trinkwasserbrunnen und Hitzeschutz 23/SVV/0195	Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam überweisen in KUM
8.35	Erweiterung der maximalen Obergrenze für den Verlustausgleich aus dem Betrauungsakt der LHP zur Betrauung KEvB mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse 23/SVV/0233	Oberbürgermeister, GB Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit überweisen in HA, FA
10	Gremienbesetzung	
10.3	Nachberufung von 2 Mitgliedern in den Wirtschaftsrat der Landeshauptstadt Potsdam 23/SVV/0155	Oberbürgermeister, Wirtschaftsförderung überweisen in SBWL
11	Mitteilungsvorlagen	
11.1	Förderrichtlinie zur Aktivierung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen in der Landeshauptstadt Potsdam (Klimaschutzförderrichtlinie – PKSChuFRL) 23/SVV/0166	Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen überweisen in KUM
11.2	Sachstandsbericht zur Umsetzung des Beschluss 21/SVV/0566 Klimacheck in Vorlagen (Klimawirkungsprüfung von StVV-Beschlüssen) 23/SVV/0167	Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen überweisen in KUM
11.3	Renaturierungskonzept Flächennaturdenkmal "Düstere Teiche" 23/SVV/0168	Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen überweisen in KUM, OBR Eiche
11.4	Erstellung eines neuen Integrationskonzeptes der Landeshauptstadt Potsdam 23/SVV/0170	Oberbürgermeister, Beauftragte für Migration und Integration überweisen in GSWI, HA

11.6	Soziale Stadt Pro Potsdam gGmbH - Übernahme der Trägerschaft des Bürgertreffs Neu Fahrland und Beratungs- und Unterstützungsangebote in Bornstedt 23/SVV/0174	Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration überweisen in FA, KA, OBR Neu Fahrland
12	Aufträge der Stadtverordnetenversammlung an den Oberbürgermeister	
12.1.1	Bericht zur Wohnungsmarktbeobachtung der Landeshauptstadt Potsdam 23/SVV/0236	Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration überweisen in GSWI
12.7.1	Mitgliedergewinnung in den Freiwilligen Feuerwehren der Landeshauptstadt Potsdam 23/SVV/0211	Oberbürgermeister, Fachbereich Feuerwehr überweisen in OS
12.8.1	Barrierefreiheit Bahnhof Marquardt 23/SVV/0238	Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur überweisen in KUM
12.9.1	Wiedereröffnung der Straße Am Lustgartenwall für Fahrradfahrer und Fußgänger zwischen Hoffbauerstraße/Dortustraße und "Am Lustgartenwall" 23/SVV/0240	Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur überweisen in KUM
12.11.1	Anschaffung von Dialogdisplays (Geschwindigkeitsanzeigen) zur Verbesserung der Verkehrssicherheit 23/SVV/0239	Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur überweisen in KUM
12.12.1	Sachstandsbericht zur Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung zur Verstärkung der Klimaschutzziele in der Stadtentwicklung 23/SVV/0210	Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen überweisen in KUM
Nicht öffentlicher Teil		
14.4	Teilflächenverkauf Mühlenweg 23/SVV/0164	Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilienervice überweisen in FA

Tagesordnungspunkte der 36. öffentlichen / nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, die zurückgestellt oder zurückgezogen sind bzw. die Erledigung festgestellt wird:

**5 Wiedervorlagen aus den Ausschüssen -
Vorlagen der Verwaltung**

5.5 Projektstruktur zur Durchführung der
Machbarkeitsstudie für das Forum an der
Plantage
22/SVV/1142 Oberbürgermeister,
Geschäftsstelle Bauen und
Projekte
zurückstellen

**6 Wiedervorlagen aus den Ausschüssen - Anträge der Fraktionen /
Ortsbeiräte**

6.1 Machbarkeitsstudie zur Einführung von Hybrid-
Obussen
19/SVV/1298 Fraktion DIE LINKE
Erledigung des Antrags wird
festgestellt

6.2 Klimaneutraler ÖPNV
22/SVV/1116 Fraktion Freie Demokraten
Erledigung des Antrags wird
festgestellt

6.4 Stärkung der beruflichen Bildung in der
Landeshauptstadt Potsdam
21/SVV/1205 Fraktion DIE aNDERE
zurückgezogen

6.5 Rahmenbedingungen für digitalgestütztes
Lernen
22/SVV/0058 Fraktion SPD
zurückstellen - fehlt Votum
B/Sp.

6.9 Pop-Up-Radwege in Potsdam
22/SVV/1155 Fraktionen Sozial.DIE
LINKE.Potsdam und
Bündnis90/Die Grünen
Erledigung des Antrags wird
festgestellt

6.10 Radschnellwegplanung in Potsdam
vorantreiben
22/SVV/1159 Fraktion CDU
zurückstellen - fehlt Votum
KUM

6.12 Fassadengestaltung der Häuser der
Studentenwohnanlage Breite-
Seelenbinderstraße
22/SVV/0843 Fraktion CDU
Erledigung des Antrags wird
festgestellt

6.13	Arbeitsfähigkeit und Kapazitäten der Stadtplanung und Bauaufsicht stärken und an die Herausforderungen anpassen 22/SVV/0940	Fraktion CDU zurückstellen - fehlt Votum SBWL
6.14	Photovoltaik/ Solarenergie auf kommunalen Gebäuden in Neu Fahrland 22/SVV/0965	Fraktion Bürgerbündnis Erledigung des Antrags wird festgestellt
6.17	Brunnenbohrung und Gartenbewässerung 22/SVV/1089	Fraktion Freie Demokraten Erledigung des Antrags wird festgestellt
6.19	Haushalt 2023/2024 Verwendung der Mittel für Freiwillige Leistungen 22/SVV/1104	Fraktion CDU zurückstellen - fehlt Votum FA
6.21	Qualität von Volkspark und Lustgarten sichern und erhalten 22/SVV/1106	Fraktion CDU zurückstellen - fehlt Votum KUM
6.22	Baustellenmanagement verbessern 22/SVV/1113	Fraktion DIE LINKE Erledigung des Antrags wird festgestellt
6.25	Prüfung der Einrichtung von wettkampffähigen Sportstätten in der LH Potsdam: Innenstadt und Babelsberg. Aufnahme des westlichen Viertels des Lustgartens in die Potentialflächen 22/SVV/1158	Fraktion CDU zurückstellen - fehlt Votum B/Sp.
6.28	Sonntagsöffnung der Stadt- und Landesbibliothek 22/SVV/1265	Fraktion DIE aNDERE zurückstellen – fehlen Voten B/Sp., FA und JHA
6.29	Einrichtung Familienbüro 23/SVV/0002	Fraktion DIE aNDERE zurückstellen - fehlt Votum JHA
6.31	Übergang Bahnhof Medienstadt 22/SVV/1240	Fraktion DIE LINKE zurückstellen - fehlt Votum KUM
6.35	Ausfinanzierten Tür-zu-Tür-Umstieg am Campus Jungfernsee sicherstellen 23/SVV/0051	Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam Zurückstellen - bis StVV September 2023
6.37	Meinungsbild zum Weihnachtsmarkt 23/SVV/0050	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückstellen - fehlt Votum SBWL

6.38 Vernichtung endlicher Ressourcen vermeiden – Fraktion Sozial.DIE
Abrisscheck einführen! LINKE.Potsdam
23/SVV/0055 **zurückstellen** - fehlen Voten
SBWL und KUM

8 Anträge

8.29 „Preußen“ als elementaren Namensbestandteil Fraktion CDU
erhalten
23/SVV/0192 **zurückgezogen**

**KONSENSLISTE zur Tagesordnung der 36. öffentlichen / nicht öffentlichen Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung am 1. März 2023**

**5 Wiedervorlagen aus den Ausschüssen -
Vorlagen der Verwaltung**

5.12 Innenstadt – Straßenräume neu denken!
23/SVV/0060 Oberbürgermeister, Fachbereich
Stadtplanung
**+ 2 EA Fraktion DIE aNDERE
vom 21.02.23
überweisen in KUM, SBWL**

8 Anträge

8.3 Park & Ride Parkplatz „Campus Jungfernsee“
erweitern
23/SVV/0188 Fraktion Bürgerbündnis
**überweisen in SBWL, KUM,
FA**

8.19 Volkstrauertag in Potsdam
23/SVV/0137 Fraktion DIE aNDERE
überweisen in KA

8.22 Nächster Stopp Elternhaltestelle
23/SVV/0146 Fraktion Sozial.DIE
LINKE.Potsdam
überweisen in KUM

8.23 Flächendeckendes Lernhilfeprogramm an
Potsdamer Schulen
23/SVV/0147 Fraktion Sozial.DIE
LINKE.Potsdam
überweisen in B/Sp

8.24 Einführung des Systems "Nette Toilette"
23/SVV/0153 Fraktion DIE aNDERE
überweisen in SBWL, OS

8.25 Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan Nr. 141-
2 "Entwicklungsbereich Krampnitz - Bergviertel"
23/SVV/0156 Oberbürgermeister, FB
Stadtplanung
**überweisen in SBWL, OBR
Fahrland**

8.26 Bebauungsplan Nr. 141-5A-1
"Entwicklungsbereich Krampnitz -
Bundesstraße 2" Aufstellungsbeschluss
23/SVV/0157 Oberbürgermeister, FB
Stadtplanung
**überweisen in SBWL, OBR
Fahrland**

8.27 Bebauungsplan Nr. 141-1 "Entwicklungsbereich
Krampnitz – Klinkerhöfe Süd" Abwägungs- und
Satzungsbeschluss
23/SVV/0158 Oberbürgermeister, FB
Stadtplanung
**überweisen in SBWL, OBR
Fahrland**

8.28	Bebauungsplan Nr. 141-4 „Entwicklungsbereich Krampnitz – Klinkerhöfe Ost" Abwägungs- und Satzungsbeschluss 23/SVV/0159	Oberbürgermeister, FB Stadtplanung überweisen in SBWL, OBR Fahrland
8.30	Regionalpark-Radweg im Potsdamer Norden etablieren 23/SVV/0194	Fraktion CDU überweisen in KUM, OBR Uetz-Paaren
8.31	Trinkwasserbrunnen und Hitzeschutz 23/SVV/0195	Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam überweisen in KUM
8.35	Erweiterung der maximalen Obergrenze für den Verlustausgleich aus dem Betrauungsakt der LHP zur Betrauung KEvB mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse 23/SVV/0233	Oberbürgermeister, GB Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit überweisen in HA, FA
10	Gremienbesetzung	
10.3	Nachberufung von 2 Mitgliedern in den Wirtschaftsrat der Landeshauptstadt Potsdam 23/SVV/0155	Oberbürgermeister, Wirtschaftsförderung überweisen in SBWL
11	Mitteilungsvorlagen	
11.1	Förderrichtlinie zur Aktivierung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen in der Landeshauptstadt Potsdam (Klimaschutzförderrichtlinie – PKSchuFRL) 23/SVV/0166	Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen überweisen in KUM
11.2	Sachstandsbericht zur Umsetzung des Beschluss 21/SVV/0566 Klimacheck in Vorlagen (Klimawirkungsprüfung von StVV-Beschlüssen) 23/SVV/0167	Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen überweisen in KUM
11.3	Renaturierungskonzept Flächennaturdenkmal "Düstere Teiche" 23/SVV/0168	Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen überweisen in KUM, OBR Eiche
11.4	Erstellung eines neuen Integrationskonzeptes der Landeshauptstadt Potsdam 23/SVV/0170	Oberbürgermeister, Beauftragte für Migration und Integration überweisen in GSWI, HA

11.6	Soziale Stadt Pro Potsdam gGmbH - Übernahme der Trägerschaft des Bürgertreffs Neu Fahrland und Beratungs- und Unterstützungsangebote in Bornstedt 23/SVV/0174	Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration überweisen in FA, KA, OBR Neu Fahrland, GSWI
12	Aufträge der Stadtverordnetenversammlung an den Oberbürgermeister	
12.1.1	Bericht zur Wohnungsmarktbeobachtung der Landeshauptstadt Potsdam 23/SVV/0236	Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration überweisen in GSWI
12.7.1	Mitgliedergewinnung in den Freiwilligen Feuerwehren der Landeshauptstadt Potsdam 23/SVV/0211	Oberbürgermeister, Fachbereich Feuerwehr überweisen in OS
12.8.1	Barrierefreiheit Bahnhof Marquardt 23/SVV/0238	Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur überweisen in KUM
12.9.1	Wiedereröffnung der Straße Am Lustgartenwall für Fahrradfahrer und Fußgänger zwischen Hoffbauerstraße/Dortustraße und "Am Lustgartenwall" 23/SVV/0240	Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur überweisen in KUM
12.11.1	Anschaffung von Dialogdisplays (Geschwindigkeitsanzeigen) zur Verbesserung der Verkehrssicherheit 23/SVV/0239	Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur überweisen in KUM
12.12.1	Sachstandsbericht zur Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung zur Verstärkung der Klimaschutzziele in der Stadtentwicklung 23/SVV/0210	Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen überweisen in KUM
Nicht öffentlicher Teil		
14.4	Teilflächenverkauf Mühlenweg 23/SVV/0164	Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilienervice überweisen in FA

Tagesordnungspunkte der 36. öffentlichen / nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, die zurückgestellt oder zurückgezogen sind bzw. die Erledigung festgestellt wird:

**5 Wiedervorlagen aus den Ausschüssen -
Vorlagen der Verwaltung**

5.5 Projektstruktur zur Durchführung der
Machbarkeitsstudie für das Forum an der
Plantage
22/SVV/1142 Oberbürgermeister,
Geschäftsstelle Bauen und
Projekte
zurückstellen

**6 Wiedervorlagen aus den Ausschüssen - Anträge der Fraktionen /
Ortsbeiräte**

6.1 Machbarkeitsstudie zur Einführung von Hybrid-
Obussen
19/SVV/1298 Fraktion DIE LINKE
Erledigung des Antrags wird
festgestellt

6.2 Klimaneutraler ÖPNV
22/SVV/1116 Fraktion Freie Demokraten
Erledigung des Antrags wird
festgestellt

6.4 Stärkung der beruflichen Bildung in der
Landeshauptstadt Potsdam
21/SVV/1205 Fraktion DIE aNDERE
zurückgezogen

6.5 Rahmenbedingungen für digitalgestütztes
Lernen
22/SVV/0058 Fraktion SPD
zurückstellen - fehlt Votum
B/Sp.

6.9 Pop-Up-Radwege in Potsdam
22/SVV/1155 Fraktionen Sozial.DIE
LINKE.Potsdam und
Bündnis90/Die Grünen
Erledigung des Antrags wird
festgestellt

6.10 Radschnellwegplanung in Potsdam
vorantreiben
22/SVV/1159 Fraktion CDU
zurückstellen - fehlt Votum
KUM

6.12 Fassadengestaltung der Häuser der
Studentenwohnanlage Breite-
Seelenbinderstraße
22/SVV/0843 Fraktion CDU
Erledigung des Antrags wird
festgestellt

6.13	Arbeitsfähigkeit und Kapazitäten der Stadtplanung und Bauaufsicht stärken und an die Herausforderungen anpassen 22/SVV/0940	Fraktion CDU zurückstellen - fehlt Votum SBWL
6.14	Photovoltaik/ Solarenergie auf kommunalen Gebäuden in Neu Fahrland 22/SVV/0965	Fraktion Bürgerbündnis Erledigung des Antrags wird festgestellt
6.17	Brunnenbohrung und Gartenbewässerung 22/SVV/1089	Fraktion Freie Demokraten Erledigung des Antrags wird festgestellt
6.19	Haushalt 2023/2024 Verwendung der Mittel für Freiwillige Leistungen 22/SVV/1104	Fraktion CDU zurückstellen - fehlt Votum FA
6.21	Qualität von Volkspark und Lustgarten sichern und erhalten 22/SVV/1106	Fraktion CDU zurückstellen - fehlt Votum KUM
6.22	Baustellenmanagement verbessern 22/SVV/1113	Fraktion DIE LINKE Erledigung des Antrags wird festgestellt
6.25	Prüfung der Einrichtung von wettkampffähigen Sportstätten in der LH Potsdam: Innenstadt und Babelsberg. Aufnahme des westlichen Viertels des Lustgartens in die Potentialflächen 22/SVV/1158	Fraktion CDU zurückstellen - fehlt Votum B/Sp.
6.26	Aufwertung der Grünfläche Ende Brauerstraße/ Uferpark Freundschaftsinsel 22/SVV/1246	Fraktion DIE LINKE Erledigung des Antrags festgestellt
6.28	Sonntagsöffnung der Stadt- und Landesbibliothek 22/SVV/1265	Fraktion DIE aNDERE zurückstellen – fehlen Voten B/Sp., FA und JHA
6.29	Einrichtung Familienbüro 23/SVV/0002	Fraktion DIE aNDERE zurückstellen - fehlt Votum JHA
6.31	Übergang Bahnhof Medienstadt 22/SVV/1240	Fraktion DIE LINKE zurückstellen - fehlt Votum KUM
6.35	Ausfinanzierten Tür-zu-Tür-Umstieg am Campus Jungferensee sicherstellen 23/SVV/0051	Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam Zurückstellen - bis StVV September 2023

6.37	Meinungsbild zum Weihnachtsmarkt 23/SVV/0050	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückstellen - fehlt Votum SBWL
6.38	Vernichtung endlicher Ressourcen vermeiden – Abrisscheck einführen! 23/SVV/0055	Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam zurückstellen - fehlen Voten SBWL und KUM
8	Anträge	
8.29	„Preußen“ als elementaren Namensbestandteil erhalten 23/SVV/0192	Fraktion CDU zurückgezogen